

## Politik aus evangelischer Verantwortung

Stellungnahme des Zentralvorstandes  
der Schweizerischen Evangelischen Allianz (SEA)



# Inhalt

## Erklärung zur Politik aus evangelischer Verantwortung

A. Allgemeines	3
B. Grundsatz- und Ermessensfragen	4
C. Positionierung in der politischen Landschaft	5
1. Christliche Politik in verschiedenen Parteien	5
2. Eine Politik, die evangelische Werte ernst nimmt	6
D. Gebet und Einsatz	7

Verabschiedet vom Nationalvorstand der  
Schweizerischen Evangelischen Allianz (SEA)  
im März 2011

Autor: Fritz Herrli, überarbeitet von Thomas Hanimann

© SEA, März 2011  
Einzelpreis Fr. 5.–  
Mengenpreis auf Anfrage

Bezugsadresse:  
SEA-Sekretariat, Josefstrasse 32, 8005 Zürich  
Tel. 043 344 72 00  
info@each.ch

Dieses Dokument ist auch per Internet auf der  
SEA-Homepage [www.each.ch](http://www.each.ch) zu finden und kann dort gratis  
heruntergeladen werden.

## Erklärung zur Politik aus evangelischer Verantwortung

**Im Vorfeld der eidgenössischen Wahlen 2011 ruft der Zentralvorstand der SEA die Christinnen und Christen auf, ihre politische Mitverantwortung ernst zu nehmen. Dabei gibt die Schweizerische Evangelische Allianz zu bedenken:**

### A. Allgemeines

Als evangelische Christinnen und Christen sind wir überzeugt, dass christlich geprägte Sichtweisen ein wichtiger Beitrag für die freiheitliche staatliche Ordnung und das friedliche und gerechte gesellschaftliche Zusammenleben sind. Ein Engagement im demokratisch und rechtsstaatlich geprägten Staatswesen und eine Auseinandersetzung mit grundsätzlichen und aktuellen politischen Fragen sind uns darum ein grosses Anliegen. Dabei geht es nicht darum, einen christlichen Staat zu haben, sondern darum, die christliche Sichtweise in die Politik einzubringen.

Der Gehalt der biblischen Botschaft ist heute für die gesellschaftliche Ordnung bedeutender, als dies im Allgemeinen wahrgenommen wird. Dies erklärt sich durch die Wurzeln, aus denen moderne europäische Staaten gewachsen sind. Die Länder Europas haben eine 2000-jährige, vom Christentum geprägte Geschichte erlebt. Solidarität, Rechtsgleichheit, Schutz von Minderheiten, friedliches Zusammenleben (auch durch Kompromisse und Toleranz), Menschenrechte, Gewaltenteilung sind aus den Grundwerten entstanden, welche die Gebote und das Vorbild von Jesus Christus direkt widerspiegeln.

Christen, welche sich dieser Werte bewusst sind, sie schätzen und pflegen wollen, werden sich dem politischen Engagement nicht entziehen. Im Gegenteil, für sie wird Politik zur Möglichkeit,

in einem der Gesellschaft dienenden Sinne aktiv zu werden. Der Zentralvorstand der Schweizerischen Evangelischen Allianz weist darum auch darauf hin, dass die Christen eine soziale, und damit eine eminent politische Verantwortung tragen, wie in den Lausanner Dokumenten von 1974 festgehalten wurde (Kasten Seite 4).

### B. Grundsatz- und Ermessensfragen

Wir erachten es als hilfreich, in der Politik zwischen Grundsatz- und Ermessensfragen zu unterscheiden:

#### 1. Grundsatzfragen

Zu den absoluten Werten gehören die elementaren Ordnungen, die unabhängig von der religiösen Orientierung unser Dasein so betreffen, dass das Leben wahrhaft menschlich geführt werden kann. Die meisten unserer Entscheidungen, auch die alltäglichen, haben Auswirkungen auf unsere Mitmenschen, auf die Öffentlichkeit, auf unsere Umwelt und sind deshalb im weitesten Sinne politisch. Hinter unserem Handeln – dies gilt nicht nur für Menschen, die im klassischen Sinne politisch aktiv sind – stehen also politische Ziele und Leitlinien.

Im Folgenden zählen wir einige Grundsätze politischen Handelns auf, die uns Christen ganz besonders wichtig sind:

- **Dienst am Menschen.** Jeder Mensch hat das Recht auf Leben. Alles, was dem Leben dient, ist zu fördern, was es behindert oder gar schädigt, ist zu bekämpfen. Es darf auch im Einzelfall nicht zur Schädigung einzelner Menschen zugunsten anderer Menschen kommen.

- **Schutz der persönlichen Würde.** Die Würde des Menschen ist unantastbar. Wir sind als Christen besonders in den Lebensrechtsfragen (zum Beispiel das Ende des Lebens, Stammzellenforschung und Gentechnologie) herausgefordert, uns für die Unversehrtheit des Lebens einzusetzen.

- **Schutz des Menschen vor andern Menschen.** Neben dem Einsatz für die Freiheit des einzelnen Menschen geht es heute immer mehr um Güterabwägungen zwischen der Freiheit und unverletzlichen Würde des einen Menschen gegenüber der Freiheit und unverletzlichen Würde des andern Menschen. Dabei ist der schwächere Mensch besonders zu schützen. Auch wenn die persönliche Freiheit hoch zu schätzen ist, darf sie nicht über das Prinzip der Liebe zum Nächsten gestellt werden.

- **Achten auf Gerechtigkeit.** Jeder Mensch hat das Anrecht auf eine gerechte Behandlung. Markante Ungleichheiten sind zu hinterfragen und möglichst zu beseitigen. Das Prinzip der Rechtsgleichheit ist nicht nur von den Gerichten anzuwenden, sondern muss bereits in politischen Prozessen und Entscheidungen berücksichtigt werden. Heute braucht es überdies eine vertiefte wirtschaftsethische Betrachtung, um Antworten auf die Frage einer gerechten Gesellschaftsordnung zu klären. Ein besonderes Augenmerk ist in der zunehmend digitalisierten Welt auf die Frage der Informationsgerechtigkeit zu legen.

- **Schutz von Ehe und Familie.** Die Familie als Gemeinschaft von Vater, Mutter und Kindern ist in der Gesellschaft in manchen Bereichen benachteiligt oder gar bedroht, sei es äusserlich durch das Steuersystem, die hohen Lebenshal-

tungskosten, familienunfreundliche Infrastrukturen oder sei es innerlich durch die Liberalisierung der Sexualität, Untreue, Unverbindlichkeit sowie die Propagierung anderer Partnerschafts- und Gemeinschaftsformen. Hier setzen sich Christinnen und Christen für den Schutz von Ehe und Familie ein.

- **Schutz der Religions-, Glaubens- und Gewissensfreiheit.** Obwohl die meisten Länder

## Soziale Verantwortung der Christen

«Wir bekräftigen, dass Gott zugleich Schöpfer und Richter aller Menschen ist. Wir müssen deshalb seine Sorge um Gerechtigkeit und Versöhnung in der ganzen menschlichen Gesellschaft teilen. Sie zielt auf die Befreiung der Menschen von jeder Art von Unterdrückung. Da die Menschen nach dem Ebenbild Gottes geschaffen sind, besitzt jedermann, ungeachtet seiner Rasse, Religion, Farbe, Kultur, Klasse, seines Geschlechts oder Alters, eine angeborene Würde. Darum soll er nicht ausgebeutet, sondern anerkannt und gefördert werden. Wir tun Busse für dieses unser Versäumnis und dafür, dass wir Evangelisation und soziale Verantwortung als sich gegenseitig ausschliessend angesehen haben. Versöhnung zwischen Menschen ist nicht gleichzeitig Versöhnung mit Gott, soziale Aktion ist nicht Evangelisation, politische Befreiung ist nicht Heil. Dennoch bekräftigen wir, dass Evangelisation und soziale wie politische Betätigung gleichermaßen zu unserer Pflicht als Christen gehören. Denn beide sind notwendige Ausdrucksformen unserer Lehre von Gott und dem Menschen, unserer Liebe zum Nächsten und unseres Gehorsams gegenüber Jesus Christus. Die Botschaft des Heils schliesst eine Botschaft des Gerichts über jede Form der Entfremdung, Unterdrückung und Diskriminierung ein. Wir sollen uns nicht scheuen, Bosheit und Unrecht anzuprangern, wo immer sie existieren. Wenn Menschen Christus annehmen, kommen sie durch Wiedergeburt in Sein Reich. Sie müssen versuchen, seine Gerechtigkeit nicht nur darzustellen, sondern sie inmitten einer ungerechten Welt auch auszubreiten. Das Heil, das wir für uns beanspruchen, soll uns in unserer gesamten persönlichen und sozialen Verantwortung verändern. Glaube ohne Werke ist tot.»

(Lausanner Verpflichtung 1974)

der Welt diese Freiheiten in ihren Verfassungen garantieren, werden nach wie vor weltweit Menschen wegen ihres Glaubens verfolgt – insbesondere Christen. Für sie ist neben der humanitären Hilfe auch politisch alles menschlich Mögliche zu unternehmen, dass diese Freiheiten respektiert werden. Es ist selbstverständlich, dass die Religionsfreiheit auch für Minderheiten in der Schweiz gilt - angesichts der Zunahme der Muslime eine besondere Herausforderung.

- **Bewahrung der Schöpfung.** Christliche Politik wird sich in Ehrfurcht vor der Schöpfung immer für deren Schutz und für einen haushälterischen Umgang mit den natürlichen Ressourcen einsetzen. Die Schöpfung ist Leihgabe Gottes an den Menschen und nicht sein Eigentum. Die gesellschaftlichen Debatten um Atomenergie, Mobilität, Raumplanung etc sind auch vor diesem Hintergrund zu führen.

- **Weltweite Gemeinschaft der Menschen.** Denken in globalen Zusammenhängen wird immer wichtiger. Die wenigsten grossen Fragen lassen sich noch in der Begrenzung auf die Schweiz angehen. Motto: Global denken, lokal handeln. Der Einsatz für die Armen weltweit, die Förderung einer ganzheitlichen Entwicklungszusammenarbeit und das Engagement für gerechten Handel mit den Menschen der südlichen Hemisphäre sind Themen, die uns als Christinnen und Christen je länger je wichtiger werden.

- **Für die kommenden Generationen.** Unser Entscheiden und Handeln soll immer auch im Blick auf die nächsten Generationen geschehen. Dies gilt für die Umweltpolitik genauso wie für Themen der Finanz- und Handelspolitik, der Sozialversicherungen sowie allgemein in wirtschaftsethischen Fragen. Der sorgsame Umgang mit den Ressourcen gehört ebenso dazu wie das sinnvolle Investieren in die Zukunft.

Zusammenfassend kann man sagen: Ziel politischen Handelns ist, die nötigen Voraussetzungen dafür sicher zu stellen, dass das Leben

jedes einzelnen und damit unaustauschbaren Menschen innerhalb einer weltweiten Gemeinschaft möglich ist. Es soll sich unter Wahrung der persönlichen Würde entfalten und in Achtung gegenüber Gott und der Schöpfung sowie in Verantwortung für die kommenden Generationen gelebt werden können.

## 2. Ermessensfragen

In politischen Ermessensfragen (Fragen, die nicht direkt mit den oben erwähnten Grundsätzen zu beantworten sind) ist auch unter Christinnen und Christen eine grosse Bandbreite von verschiedenen Einschätzungen möglich. Im Bereich dieser Art politischer Geschäfte lohnt es sich, kritisch darüber nachzudenken, ob ein Anliegen sachlich und im Blick auf die Begrenztheit des Menschen bescheiden vertreten wird, ob es die Solidarität der Gemeinschaft fördert und ob es zu einem grösseren Freiraum führt.

## C. Positionierung in der politischen Landschaft

### 1. Christliche Politik in verschiedenen Parteien

Der Einsatz politisch engagierter Christinnen und Christen dient dem Wohl der 'polis', dem Gemeinwesen. Christen sind nicht standpunktfixiert, sondern am Gesellschaftsprozess beteiligt, also unterwegs. Politisch aktive Christen sind also weder einem bestimmten Segment des Links-Rechts-Schemas noch ausschliesslich einer Parteilinie zuzuordnen. Politisch Engagierte wählen eine Partei je nach ihrem politischen Denkansatz. Die derzeit in der Schweiz aktiven politischen Parteien sind für Christen «wählbar». Es kann, muss aber nicht unbedingt, eine explizit christliche Partei, also eine so genannte «C»- oder «E»-Partei sein. Die SEA erachtet es als sehr sinnvoll und wichtig, dass Christinnen und Christen sowohl in Parteien tätig sind, die sich als explizit christlich bezeichnen, als auch in Parteien, die dies nicht tun.

Beide Wege der politischen Einbindung – jener

in einer christlichen Partei oder jener in einer bürgerlichen, linken oder welcher Ausrichtung auch immer – haben je ihre Vor- und Nachteile. In wählerstarken Parteien sind die Entwicklungsmöglichkeiten für einen Politiker oder eine Politikerin oft grösser. Dort, wo sich in Sachfragen vom Evangelium her eindeutige Positionen ergeben, die sich unter Umständen von der Mehrheit der Partei abheben, fällt dem christlichen Politiker oft eine wichtige, manchmal prophetische Rolle zu. Das macht ihn mitunter ein wenig einsam, aber umso glaubwürdiger. In vielen, wenn nicht den meisten andern politischen Fragestellungen geht es jedoch um sachpolitische, pragmatische Argumentation.

Umgekehrt stehen christliche Politikerinnen und Politiker ausserhalb der C- oder E-Parteien manchmal vor einem Problem: Sie können in ihren Parteien nicht mit dem Hinweis auf einen Wertekonsens aufgrund eines christlichen Menschenbildes argumentieren. Sie werden immer wieder in den Konflikt kommen, Postulate und Elemente eines Parteiprogramms mittragen zu müssen, die christlichen Werten widersprechen. Aus diesem Grunde erachtet die SEA eine Partei (beziehungsweise mehrere Parteien in Fraktionsstärke), welche sich explizit für evangelische Werte einsetzen als einen wichtigen Bestandteil in der eidgenössischen Politik.

Koalitionen unter Parteien, etwa zur Bildung einer politischen Mitte mit dem Ziel des Ausgleichs zwischen oft zugespitzten linken oder rechten Parteien, sind nötig, aber auch zu hinterfragen. Christen betreiben keine Machtpolitik. Realpolitik bedeutet, in der Auseinandersetzung der verschiedenen Interessen einen Konsens zu erarbeiten. Dies geht nicht ohne Kompromisse. Christliche Positionen können sich deshalb oft nicht oder nur annähernd durchsetzen. Dennoch ist es äusserst wichtig, dass christliche Sichtweisen engagiert vertreten und in politische Geschäfte eingebracht werden. Auch hier sollen Christen das «Salz der Erde» sein (Mt 5.13).

## 2. Eine Politik, die evangelische Werte ernst nimmt

In der Sache mögen christliche Politikerinnen und Politiker unterschiedliche Positionen vertreten. Das Christliche zeigt sich in der Gesinnung, in der Motivation sowie Begründung politischer Handlungen und Forderungen. Sichtbar kann dies in folgenden Punkten werden:

- **Fairness:** Im politischen Argumentieren und Kämpfen wird auf den Ball gespielt, nicht auf den Mann oder die Frau. Die gute Sache, die seriöse Überzeugungsarbeit und nicht das Herabsetzen der Person im gegnerischen Lager soll das Merkmal christlicher Politik sein. Fairplay ist auch der Boden, auf dem das Kollegialitätsprinzip gedeiht.

- **Wahrheit:** Weil der Wahlkampf von Versprechungen lebt, ist Christinnen und Christen besondere Vorsicht geboten. Können sie halten, was sie versprechen? Welche Rolle spielen Ideal- und Absolutheitsansprüche? Werden auch die negativen Seiten einer Entscheidung aufgezeigt? Wird die Begrenztheit und Fehlerhaftigkeit von Menschen berücksichtigt? Bemühen sie sich, genügend und fundierte Informationen zu erhalten, um Behauptungen auch kritisch zu prüfen.

- **Integrität:** Politische Persönlichkeiten müssen ein vorbildhaftes Verhalten haben, insbesondere, was die Fragen des Geldes betrifft. Politiker dürfen nicht in den Verdacht geraten, sich selber bereichern zu wollen und des persönlichen Gewinns wegen die eine oder andere Position bevorzugen. Politikerinnen und Politiker haben der Bevölkerung zu dienen und dürfen nicht sich selber (be)dienen. Sie dürfen nicht in die Fallen von Vetternwirtschaft oder Korruption geraten.

- **Demut:** Christliche Politikerinnen und Politiker wissen um die Vorläufigkeit der Politik und sollen Demut zeigen. Sie wissen darum, dass das Reich Gottes nicht durch die Politik kommt und dass auch der absinkende Grundwasserspiegel der christlichen Grundwerte in unserer Gesellschaft letztlich nicht auf politischem Weg ange-

hoben werden kann. Durch die Politik kann das Reich Gottes gehindert oder gefördert werden, für die Erlösung des Menschen ist sie aber nicht zuständig.

- **Liebe:** Alle politische Arbeit von Christinnen und Christen soll geprägt sein von der Liebe zu den Mitmenschen. Deren Wohl in der Gemeinschaft sollen sie im Auge haben und die Pflicht sehen, dem sittlich Guten allenfalls auch gegen die eigenen Interessen zum Durchbruch zu verhelfen. Das Motiv der Solidarität begrenzt das nach egoistischen Zielen ausgerichtete Handeln. Diskriminierungen und Ausgrenzungen von Teilen der Gesellschaft oder Einzelpersonen in Wort und Tat widersprechen dem Liebesgebot.

- **Vollmacht:** Christliche Politik kennt den Unterschied zwischen Vollmacht und Macht. Sie wehrt gerade um des Glaubens Willen einer falschen Vermischung von Glaube und Politik, religiösem und politischem Sendungsbewusstsein. Christus als Fundament schützt vor dem ideologischen Fundamentalismus – auch vor dem religiös-politischen. Im Wissen um ihre Ohnmacht dürfen christlich engagierte Politiker und Politikerinnen Gott um Vollmacht und Segen für ihre politische Tätigkeit bitten.

- **Hoffnung:** Weil Jesus Christus die Menschen zu Leben und Freude erlöst hat, soll christliche Politik von Hoffnung und Zuversicht geprägt sein – auch in der Wahrnehmung der Welt. Hoffnung ist ein starkes Instrument, um kreative politische Prozesse einzuleiten.

## D. Gebet und Einsatz

Stimmberechtigte Christinnen und Christen sind aufgefordert, sich im politischen Geschehen auf allen Ebenen zu engagieren. Sie können diese Verantwortung wie folgt wahrnehmen:

- **Beten** für Behörden und Politiker unabhängig ihrer Parteizugehörigkeit, persönlich und in

Gruppen. Christinnen und Christen wissen um die Wirksamkeit des Gebets. Sie binden die Anliegen und Nöte der Bevölkerung in ihre Fürbitte ein.

- **Wählen und abstimmen.** Christinnen und Christen sollen ihr Stimm- und Wahlrecht nutzen. Dazu gehört, dass sie sich über Personen und Sachverhalte seriös informieren. Lokale Evangelische Allianzen können allenfalls Wahlempfehlungen herausgeben, verbunden mit Angaben zum Kumulieren und Panaschieren.

- **Initiativen, Referenden, Petitionen ergreifen bzw. unterstützen.** Gegebenenfalls sind die Mittel der direkten Demokratie einzusetzen. Christen werden in der laufenden und bevorstehenden Wertedebatte vermehrt Unterschriftensammlungen zu ethischen Anliegen starten müssen, um die Öffentlichkeit zu sensibilisieren und so auf das politische Geschehen einwirken zu können.

- **Politische Ämter ausüben.** Männer und Frauen mit christlicher Überzeugung, die Fähigkeiten und Voraussetzungen für politische Aufgaben mitbringen, sind aufgerufen, sich in Parlamente und Exekutiven wählen zu lassen. Seriöse politische Arbeit in den Räten bietet eine grosse Chance, politischen Anliegen im oben beschriebenen Sinne zum Durchbruch zu verhelfen.

*Wir danken allen Frauen und Männern, die für unser Land Verantwortung übernehmen. Wir wünschen ihnen Weisheit, einen «langen Atem» und ein Beharrungsvermögen, das über Legislaturperioden hinaus reicht.*

